

# Kulturelle Verschiebungen in der Logik des Kampfes gegen Antisemitismus in Deutschland<sup>1</sup>

---

Irit Dekel und Esra Özyürek

Am 5. Juni 2021 veröffentlichte der Berliner *Tagesspiegel* im Politikteil ein Foto, auf dem ein Rußfleck an der Wand einer Synagoge zu sehen ist. Im dazugehörigen Artikel heißt es:

»Ein Unbekannter soll nach Polizei-Angaben einen Brandanschlag auf die Synagoge in Ulm verübt haben. [...] Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sprach von einem ›niederträchtigen Anschlag‹. Er zeige ›das heimtückische Gesicht des Antisemitismus‹ [...]. Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) erklärte: ›Brandsätze gegen Synagogen zu werfen ist abstoßend. [...] Wir sind dankbar und froh, dass jüdisches Leben bei uns stattfindet und wollen, dass dieses jüdische Leben bei uns möglichst sorgenfrei und unbeschwert sein kann.«<sup>2</sup>

Wie der *Tagesspiegel*-Artikel über den Brandanschlag auf die Synagoge zeigt, verwandeln die von den politischen Akteuren verwendeten Kategorien und Konzepte die öffentliche Diskussion über Antisemitismus in ein Drama, das das Wesen der deutschen Gesellschaft verhandelt – man zeigt sich angewidert von den antisemitischen Taten, die von unsichtbaren Akteuren verübt werden; Empörung richtet sich gegen diejenigen, die traditionell nicht zur deutschen Gesellschaft zählen.

- 
- 1 Wir haben diesen Artikel 2022 für ein internationales Publikum geschrieben, ihn 2023 in *Patterns of Prejudice* veröffentlicht und die deutsche Version für dieses Buch aktualisiert.
  - 2 »Heimtückisches Gesicht des Antisemitismus.« Unbekannter verübt Brandanschlag auf Synagoge in Ulm. Der *Tagesspiegel* vom 5.6.2021. <https://www.tagesspiegel.de/politik/unbekannter-veruebt-brandanschlag-auf-synagoge-in-ulm-4254775.html>.

In unserem Artikel beschäftigen wir uns zum einen mit dem aktuellen deutschen Diskurs über Antisemitismus, zum anderen mit den Maßnahmen, die gegen Antisemitismus ergriffen werden. In diesem Diskurs werden Antisemiten als widerwärtig dargestellt, ihre terroristischen Taten als Abscheu erregende Schandflecke für die deutsche Gesellschaft. Juden hingegen werden in Deutschland als das wundervolle Geschenk »jüdisches Lebens« dargestellt. Die so kodierte Juden erscheinen wie eine gefährdete Spezies, in deren Kommen und Gehen besser nicht eingegriffen werden sollte, um ihre Ausbreitung in Deutschland nicht zu stören.<sup>3</sup> Trotz der dringlichen Aufgabe, »jüdisches Leben« zu schützen, bleiben aber in diesem Diskurs die gewalttätigen deutschen Täter, die Juden und andere Minderheiten angreifen, zum Großteil unbekannt und unbenannt.

Der Bericht des *Bundesverbands der Recherche und Informationsstellen Antisemitismus* (RIAS) über antisemitische Vorfälle zeigt allerdings, dass bezogen auf den Hintergrund der Täter 54 Prozent der Vorfälle im Jahr 2021 von unbekannt Personen verübt wurden (siehe Abbildung 1). RIAS-Reporte spiegeln nicht die Arbeit von Polizei und Behörden, sondern die institutionelle und öffentliche Aufmerksamkeit für die »jüdische Perspektive«<sup>4</sup>. Die RIAS-Erfassung basiert auf der IHRA-Arbeitsdefinition des Antisemitismus, die aus wissenschaftlicher Sicht sowohl als Definition als auch aufgrund ihrer nahostpolitischen Implikationen kritisiert wird.<sup>5</sup> Die deutsche Presse nutzt die RIAS-Berichte, die vom Antisemitismusbeauftragten des Bundes unterstützt werden. Die RIAS-Meldestellen gleichen Daten mit anderen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen ab, mit der Beratungsstelle OFEK oder mit Mitgliedern des Verbands für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. (VBRG). Sofern möglich, ordnet RIAS antisemitische Vorfälle einem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zu. 2023 war eine solche Zuordnung bei 61 Prozent aller antisemitischen Vorfälle nicht möglich. Der politische Hintergrund wurde bei diesen Fällen als unbekannt kategorisiert.<sup>6</sup> Im Jahre 2024 berichtete der Tagesspiegel, dass die Polizei deutlich mehr Straftaten

3 Vgl. Hannah Tzuberi: »Reforesting« Jews: The German state and the construction of »New German Judaism«. In: *Jewish Studies Quarterly* 27(3), 2020, S. 199–224.

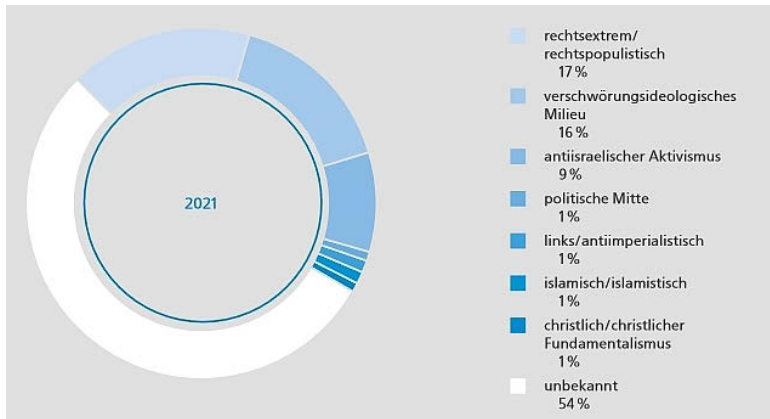
4 Meron Mendel: »Umkämpfte Sprechpositionen in der Antisemitismusdebatte«. In: Ulrich et al. 2024, S. 94

5 Vgl. Peter Ullrich, et. al.: Was ist Antisemitismus: Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft. S. 72.

6 Vgl. RIAS 2023: Bundesweit Jahresbericht. S. 56.

mit politischem Hintergrund in Berlin verzeichnet, mit einem starken Anstieg von Straftaten im Bereich »ausländische Ideologien«<sup>7</sup>, was meist im Kontext des Nahost Konflikts bedeutet.

Abbildung 1: Politisch-weltanschaulicher Hintergrund antisemitischer Vorfälle 2021<sup>8</sup>



Seit 2018 sammelt RIAS Informationen über antisemitische Taten, die hauptsächlich von einzelnen Zeugen gemeldet werden. Laut den RIAS-Jahresberichten ist die Zahl der gewalttätigen Angriffe auf jüdische Personen, Einrichtungen und Orte in Deutschland seit 2018 um 15 bis 20 Prozent gestiegen. Außerdem wurden 17 Prozent dieser Angriffe im Jahr 2021 von »weißen« Deutschen begangen, die politischen Ideologien der extremen Rechten anhängen.<sup>9</sup> Im Oktober 2019 verübte ein weißer Deutscher einen Anschlag auf eine Synagoge und auf ein nahegelegenes Fast-Food-Döner-Restaurant in Halle,

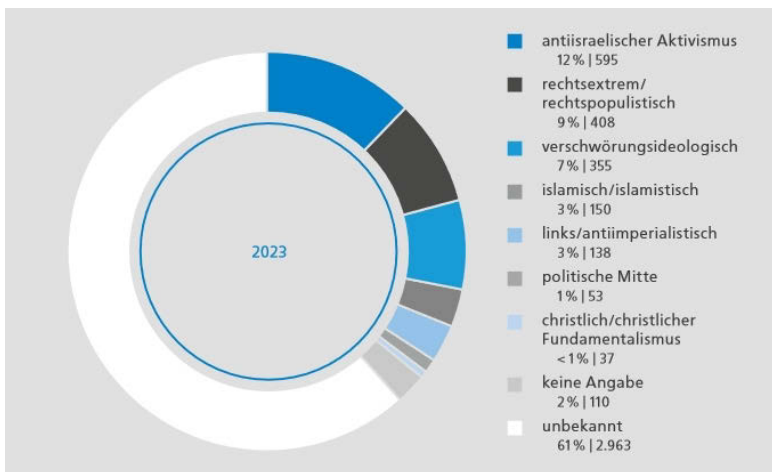
7 Rechtsextremismus, Antisemitismus, Islamismus: Polizei verzeichnet deutlich mehr Straftaten mit politischem Hintergrund in Berlin. Tagesspiegel vom 18.8.2024. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/rechtsextremismus-antisemitismus-islamismus-polizei-verzeichnet-deutlich-mehr-straftaten-mit-politischem-hintergrund-in-berlin-12216092.html>.

8 Bundesverband RIAS e.V. (Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus): Jahresbericht. Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2021. [https://www.report-antisemitism.de/documents/Antisemitische\\_Vorfaelle\\_in\\_Deutschland\\_Jahresbericht\\_RIAS\\_Bund\\_2021.pdf](https://www.report-antisemitism.de/documents/Antisemitische_Vorfaelle_in_Deutschland_Jahresbericht_RIAS_Bund_2021.pdf), S. 31.

9 Ebd.

Sachsen-Anhalt, und tötete dabei zwei Menschen. Im Februar 2020 ermordete ein weiterer weißer Deutscher neun Menschen mit Migrationshintergrund im hessischen Hanau und anschließend seine eigene Mutter. Seit dem 7.10.2023 werden mehr Vorfälle als »links«, »muslimisch« und vor allem »israelbezogen« klassifiziert. Es bleibt aber dabei, dass bei über der Hälfte der Vorfälle der Hintergrund unklar ist.

Abbildung 2: Politisch-weltanschaulicher Hintergrund antisemitischer Vorfälle 2023 und 2022.<sup>10</sup>



Im gegenwärtigen Deutschland ist antisemitische rassistische Gewalt ein ernsthaftes Problem. Seit den frühen 2000er Jahren haben Antisemitismuskritiken massiv zugenommen und richten sich verstärkt gegen Muslime, ungeachtet der Tatsache, dass diese in keiner nennenswerten Zahl an Hassverbrechen beteiligt sind. In den letzten zehn Jahren hat sich der Vorwurf des Antisemitismus zudem auch gegen jene Juden, Afro- und weiße Deutsche gerichtet, die als Bündnispartner von Muslimen, Palästinensern und anderen People of Color wahrgenommen werden.

Die Logik dieser Antisemitismuskritiken liegt in einem diskursiven Rahmen, in dem von bestimmten Behauptungen sowohl über die Täter als auch

<sup>10</sup> Ebd. S 56.

über die Opfer von Antisemitismus ausgegangen wird. Da diese diskursive Logik den beständigen Einschluss neuer Gruppen und Einzelpersonen erfordert, wird der Rahmen umso größer, je mehr Gruppen der Antisemitismusvorwurf umfasst. Auf diese Weise wird ein Klima des Misstrauens erzeugt, in dem verschiedene Akteure zögern, Redner einzuladen oder Werke von Künstlern zu präsentieren, die als antisemitisch angesehen werden könnten. Ermöglicht und gefördert wurde diese Verdachtskultur durch den Beschluss des Bundestags gegen die Kampagne des BDS (*Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen*) im Jahr 2019, was den Diskursrahmen beträchtlich erweiterte, indem jede Kritik an der israelischen Politik als antisemitisch eingestuft wurde.<sup>11</sup> Im vorliegenden Artikel folgen wir den Spuren dieser Logik und gehen den Antisemitismusvorwürfen nach, die den sogenannten »Anderen« (Muslimen und anderen rassifizierten Minderheiten) sowie denen, die als ihre Bündnispartner betrachtet werden, anhaften. Wir zeichnen nach, wie man dabei Juden mit Israel identifiziert und »jüdisches Leben« feiert, ohne sich mit den realen Erfahrungen von in Deutschland lebenden Juden auseinanderzusetzen.<sup>12</sup>

Das Argument dieses Essays lautet, dass die Logik, die die jüngste Zunahme von Antisemitismusvorwürfen in Deutschland antreibt, sich innerhalb einer spezifischen politischen Kultur entwickelt hat: Diese versteht es als nationale Aufgabe, den Holocaust als einzigartiges Gründungsereignis des demokratischen Nachkriegsdeutschlands zu erinnern. Die Verpflichtung zum Holocaustgedenken beinhaltet eine unentwegte Mahnung daran, dass das Projekt der Demokratiewerdung auf der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit und des Holocaust beruht.<sup>13</sup> Seit Anfang der 2000er Jahre ist das emotionale Verhältnis der Deutschen zum Holocaust allerdings so eng mit dem Antisemitismus verknüpft, dass der Kampf gegen den Antisemitismus

11 Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen. Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Deutscher Bundestag. 19. Wahlperiode. Drucksache 19/10191 vom 15.5.2019. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/101/1910191.pdf>; Dazu kritisch: Plädoyer der »Initiative GG 5.3 Welt-offenheit«. [http://www.humboldtforum.org/wpcontent/uploads/2020/12/201210\\_PlaedoyerFuerWeltoffenheit.pdf](http://www.humboldtforum.org/wpcontent/uploads/2020/12/201210_PlaedoyerFuerWeltoffenheit.pdf).

12 Vgl. Susan Neiman: Von den Deutschen lernen? Wie Gesellschaften mit dem Bösen in ihrer Geschichte umgehen können. Übersetzt von Christiana Goldmann, Berlin: Hanser 2020.

13 Vgl. Dan Diner und Joel Golb: On guilt discourse and other narratives: epistemological observations regarding the Holocaust. In: *History and Memory* 9(1–2), 1997, S. 301–320.

mit der Verpflichtung des Holocaustgedenkens verbunden wird, um sicherzustellen, dass sich so etwas wie der Holocaust nie wieder ereignet.<sup>14</sup>

Die Funktionsweise der (Selbst-)Vergebung ist zentral für die emotionale Betroffenheit bei der deutschen Vergangenheitsbewältigung. Sie ist der Hauptantrieb für das Pflichtgefühl, hart arbeiten zu müssen, um so – verstanden im Sinne Max Webers als Pflichterfüllung in weltlichen Angelegenheiten – die eigene »Berufung«<sup>15</sup> zu erfüllen. Das schließt die Sühne für den Holocaust mit ein. (Selbst)Vergebung, Sühne und Abbitte sind eng mit Schuldgefühlen verwoben. Alle Parteien des politischen Spektrums versuchen, sich in ihrer Sühne-Arbeit gegenseitig auszustechen, indem sie z.B. parlamentarische Resolutionen vorlegen, die sich mit der Erinnerung an den Holocaust und dem Kampf gegen den Antisemitismus befassen. Auf diese Weise stellen sie ihr Engagement für die Erinnerung an den Holocaust unter Beweis und sammeln international Anerkennung für ihre Arbeit.

Im Zuge dieser Entwicklung, bei der Einzelpersonen und Institutionen sich immer stärker darum bemühen, für den Holocaust Abbitte zu leisten, indem sie ständig neue antisemitische Bedrohungen identifizieren, werden immer mehr Menschen als Antisemiten bezeichnet und damit als Verweigerer der Pflicht zur Erinnerung an den Holocaust ausgewiesen. Auf diese Weise wurde beispielsweise der Antisemitismusskandal der *documenta fifteen* im Juli 2022 im Bundestag von Parteien unterschiedlichster Richtungen diskutiert, darunter von Vertretern der Grünen, der AfD, der CDU, der SPD und der Linken.<sup>16</sup> Die drei parteiübergreifende Bundestagsbeschlüsse zur Bekämpfung des Antisemitismus der letzten Jahre (2008, 2013 und 2018) zeugen von dieser intensiven politischen Arbeit, die die deutsche Pflicht der Holocaust-Erinnerung durch die Bekämpfung des Antisemitismus zu erfüllen sucht.

Seit Deutschland durch neue Migrationsbewegungen verändert wurde – insbesondere durch die Einwanderung von Juden aus den postsowjetischen

14 Vgl. A. Dirk Moses: Der Katechismus der Deutschen. Geschichte der Gegenwart vom 23.5.2021. <https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/>.

15 Vgl. Jan-Werner Müller: Another Country: German Intellectuals, Unification and National Identity. New Haven/London: Yale University Press 2000; A. Dirk Moses: The non-German German and the German German: Dilemmas of Identity after the Holocaust. In: New German Critique 101, 2007, S. 45–94.

16 Deutscher Bundestag: Debatte über Antisemitismus-Skandal bei der Documenta, 2022, Dokumente abrufbar auf der Website des Deutschen Bundestages unter <http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw27-de-documenta-900546>.

Staaten und aus Israel in den 1990er Jahren sowie durch die Ankunft von Migranten und Geflüchteten aus Syrien, Afghanistan, Irak und anderen Ländern seit 2015 –, begann sich der Kampf gegen Antisemitismus auf Randgruppen auszuweiten. In diesem Zeitraum lassen sich drei signifikante Verschiebungen im deutschen Erinnerungsdiskurs feststellen: Bei der ersten handelt es sich um eine Verschiebung der Aufmerksamkeit vom Holocaust zum Antisemitismus. Als zweites hat sich verändert, von welchen Bürgern erwartet wird, für den Holocaust zu sühnen; es geht also um eine Verschiebung weg von weißen Deutschen hin zu gesellschaftlichen »Randgruppen« samt ihrer Sympathisanten, die ebenfalls vermehrt des Antisemitismus beschuldigt werden. Die dritte Verschiebung lässt sich bei öffentlichen Gefühlsäußerungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Antisemitismus beobachten, und zwar von Bekundungen von Schuld und Verantwortung hin zu Gefühlen der Scham. Auch wenn diese drei Verschiebungen unterschiedliche Prozesse darstellen, bedingen sie sich doch gegenseitig und sind eng miteinander verbunden.

## Von der Ausklammerung des Antisemitismus hin zum Schutz jüdischen Lebens

Bis 2005 hatte sich in West- und später im vereinten Deutschland der Schwerpunkt des Holocaustgedenkens von der Schuld als Tätervolk hin zur Verantwortung für die Bewahrung der Erinnerung und der daraus gezogenen Lehren verschoben.<sup>17</sup> Die Darstellung des Nationalsozialismus als etwas, das Deutschland im Grunde fremd ist, und des Antisemitismus als etwas, das mit dem Nationalsozialismus eher zufällig zusammengekommen ist, legte den Grundstein für die aktuelle Logik des Kampfes gegen Antisemitismus weg von einer deutschen Eigenschaft hin zu einem von Ausländern aus fremden Kulturen nach Deutschland importierten Phänomen.

In Übereinstimmung mit diesen Erklärungen des Holocaust aus der frühen Nachkriegszeit schloss das Verständnis von Antisemitismus in West-

---

17 Vgl. Neiman: *Von den Deutschen lernen?* Jeffrey K. Olick: *The Sins of the Fathers: Germany, Memory, Method*. Chicago/London: University of Chicago Press 2016; Frank Stern: *German-Jewish relations in the postwar period: the ambiguities of antisemitic and philosemitic discourse*. In: Y. Michal Bodemann (Hg.): *Jews, Germans, Memory: Reconstructions of Jewish Life in Germany*. Ann Arbor: University of Michigan Press 1996, S. 71–98.

deutschland die Nazis entweder ganz aus der Betrachtung aus oder verortete sie scheinbar selbstverständlich am Rand der Diskussion; letzteres gelang, indem man die Mehrheit der Deutschen entlastete und sich zudem weigerte hinzusehen, auf welche Weise sich die (Neo-)Nazis nach dem Krieg organisierten und bewaffneten.<sup>18</sup> Bald nach der Einrichtung der deutschen Staatlichkeit 1949 entwickelte die neue Verfassungsdemokratie der Bundesrepublik Deutschland ein robustes System, das die NS-Verbrechen grundsätzlich anerkannte, einigen Akteuren Schuld zuwies, Reparationen an jüdische Holocaustüberlebende und den jüdischen Staat leistete und sich schließlich dazu verpflichtete, das Holocaustgedenken zur existenziellen Grundlage der neuen Nation zu machen.<sup>19</sup>

Als Ersatz für den nur sehr kurz genutzten Begriff der Kollektivschuld der Alliierten führte Bundespräsident Theodor Heuss den Begriff »Kollektivscham« ein.<sup>20</sup> Dies könnte die Äußerungen von Gefühlen in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Anerkennung der NS-Verbrechen in Deutschland beeinflusst haben. Nationalsozialistische und rassistische Gewalt wurden als eine Sache der Vergangenheit wahrgenommen. Diese Auslagerung in die Vergangenheit prägte den politischen Diskurs über rechte Gewalt, die nicht als gegenwärtiges Problem ernst genommen wurde. Und wie weiter unten noch gezeigt wird, ist dies derselbe diskursive Mechanismus, der heute dazu führt, dass die meisten Täter antisemitischer und rassistischer Angriffe unbekannt bleiben oder dass entgegen erwiesener Tatsachen das Bild vorherrscht, die Täter antisemitischer Straftaten seien Muslime. Dies erlaubt es wiederum, den Blick von als »ekelerregend« bezeichneten rassistischen Akteuren und Systemen abzuwenden.

## Von der Holocausterinnerung zum Antisemitismus

Nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990 schuf die erste gesamtdeutsche Bundesregierung zusammen mit nationalen Organisationen neue Grundlagen für die Holocaust Education, die Wiedergutmachung und das Gedenken

18 Vgl. Esther Dischereit: Was geschah in Halle? Der Standard vom 19.10.2019. <https://www.derstandard.at/story/2000110043185/was-geschah-in-halle>.

19 Vgl. Olick: *The Sins of the Fathers*, »Part 2 The Reliable Nation«. S. 113–210.

20 Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik: Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München: C. H. Beck 1996.

an den Holocaust. Die wohl wichtigste Initiative, die aus dem zivilgesellschaftlichen Engagement in der Erinnerungsarbeit entstand, führte zum Bundestagsbeschluss von 1999, der den Bau eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas vorsah, welches schließlich 2005 im Zentrum Berlins am Brandenburger Tor eröffnet wurde. Im Jahr 2000 folgte zudem die Gründung der Stiftung »*Erinnerung, Verantwortung und Zukunft*«, die Gedenkinitiativen, aber auch Bildungsprogramme zur Menschenrechtspolitik unterstützt. Beide Initiativen auf Bundesebene wurden als Beweis dafür gesehen, dass die deutsche Gesellschaft ihre Verantwortung gegenüber der Erinnerung an den Holocaust ernst genommen habe.

Für den Kampf gegen Antisemitismus wurden mehr Bundes- und Landesmittel bereitgestellt. Im Jahr 2007 hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Programm »Vielfalt tut gut: Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie« ins Leben gerufen. Auf das Programm »Vielfalt tut Gut« folgte 2011 das Bundesprogramm »Toleranz fördern – Kompetenz stärken« und 2015 »Demokratie leben!«. Im Förderzeitraum 2015–19 hat das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seine ursprüngliche jährliche Mittelzuweisung von 40,5 Millionen Euro im Jahr 2015 auf 115 Millionen Euro im Jahr 2019 in den Bereichen »Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Extremismusprävention« mehr als verdoppelt. Darüber hinaus hat das Bundesministerium des Innern 12 Millionen Euro zur Unterstützung von rund 700 zivilgesellschaftlichen Organisationen im Rahmen ihres Demokratie- bzw. ihres Rechtsextremismus-Präventions-Programms »Zusammenhalt durch Teilhabe« zugesagt.

Diese Programme unterstützen wichtige Initiativen zur politischen Bildung. Sie spiegeln aber auch den gesellschaftlichen Wandel von der Erinnerung an den Holocaust hin zur Ausgrenzung und Behandlung verschiedener Randgruppen als Antisemiten wider. Auch Beschlüsse des Bundestags zum Thema Antisemitismus zielten auf solche Gruppen ab.

Im November 2008, im Rahmen des 70. Jahrestages der Kristallnacht, brachte ein breites Mitte-Links- und liberal-bürgerliches Bündnis aus den Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen den Antrag mit dem Titel »Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern« ein, woraus unmittelbar ein Bundesprogramm resultierte.<sup>21</sup> Dieser Antrag betonte die Bedeutung des Wiederaufbaus von Synagogen

21 Deutscher Bundestag: Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern. Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜND-

unabhängig von der Größe der jüdischen Bevölkerung. Dies lässt sich mit dem deutschen Pflichtgefühl nach dem Holocaust gegenüber dem erklären, was als »jüdisches Leben« bezeichnet wird. Die Sprache der Antrags von 2008 zeigt genau diese Verschiebung, die die Aufmerksamkeit vom Lernen über den Holocaust hin zum Kampf gegen den Antisemitismus lenkt.

»Die Ablehnung des Antisemitismus darf nicht nur erlernt werden, sondern sie muss auch verinnerlicht werden. So können Jugendliche und Kinder gegen antisemitische Einstellungen immunisiert und Werte wie Menschenwürde und demokratisches Bewusstsein verankert werden.«<sup>22</sup>

Im Juni 2013 legten CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne einen weiteren Beschlussantrag vor, in dem auf der ersten Seite festgestellt wird, dass »Erinnerungskultur« ein »wichtiger Bestandteil in der Auseinandersetzung mit heutigen Formen des Antisemitismus« sei.<sup>23</sup> Sowohl der Beschluss von 2008 als auch der von 2013 markierten eine Diskursverschiebung, in der Holocaust und Antisemitismus nun austauschbar verwendet werden und das Gedenken nicht mehr im Dienste der Aufarbeitung des Holocaust steht, sondern vielmehr der Bekämpfung von Antisemitismus dient.

In der Tat war die Verschiebung des Schwerpunkts vom Holocaust auf den Antisemitismus der erste und folgenreichste Schritt in der Logik, die zur Vermehrung von Antisemitismuskritik führte. Sie ermöglichte die zweite Verschiebung des Schwerpunkts von den Deutschen auf nicht-weiße Deutsche (diejenigen eingeschlossen, die mit ihnen in Verbindung gebracht werden oder sie unterstützen) als diejenigen, die angeblich Juden gefährden. Während beide Verschiebungen den Holocaust als die Ursünde Nachkriegsdeutschlands auffassen, erweitert die zweite Verschiebung die Schuld und Verantwortung auf nicht-weiße Personen (diejenigen eingeschlossen, die sich mit ihnen verbünden oder sie unterstützen), in diesem Fall aber nicht für das besondere und singuläre Verbrechen des Holocaust, sondern für das angeblich besondere und singuläre Verbrechen des Antisemitismus.

---

NIS 90/DIE GRÜNEN. Deutscher Bundestagsdrucksache 16/10775 (neu) vom 7.11.2008. <https://dserver.bundestag.de/btd/16/107/1610775.pdf>.

22 <https://dserver.bundestag.de/btd/16/107/1610775.pdf>, S. 2.

23 Deutscher Bundestag: Antisemitismus entschlossen bekämpfen, jüdisches Leben in Deutschland weiterhin nachhaltig fördern. Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/13885 vom 11.6.2013. <https://dserver.bundestag.de/btd/17/138/1713885.pdf>, S. 1.

## Von den Deutschen zu den »Anderen«

Parallel zu der steigenden Anzahl von Mahnmalen und Initiativen zum Holocaustgedenken wuchs das Engagement zur Bekämpfung des Antisemitismus. Dieses nahm allerdings zunehmend Migranten ins Visier, von denen im Zuge ihrer *exclusionary incorporation* («ausgrenzenden Integration») erwartet wurde, wie Damani Partridge argumentiert,<sup>24</sup> dass sie an den Holocaust erinnern – und zwar als potenzielle Täter sowohl des Genozids als auch des Antisemitismus – und zugleich ihren eigenen Kampf gegen den Antisemitismus führen. Die Migranten wurden nicht nur als potenzielle Täter von Hassverbrechen gegen Juden in Deutschland wahrgenommen, sondern als grundsätzliche Bedrohung für das Gefüge der deutschen Gesellschaft, da sie den Antisemitismus aus ihren Herkunftsländern im Nahen Osten angeblich »mit einschleppten«.<sup>25</sup> Anfang der 2000er Jahre fiel in dieser Debatte tatsächlich der Ausdruck »eingewanderter Antisemitismus«.<sup>26</sup> Im Gaza Krieg 2021 und seit dem 7. Oktober 2023 wird auch das Thema »Zugewanderter Antisemitismus« im Bundestag und in den Medien diskutiert.<sup>27</sup>

Die Anträge von 2008 und 2013 verwendeten eine Rhetorik, die den politischen Fokus von der Aufarbeitung des Holocausts auf die Aufarbeitung des Antisemitismus verschiebt. Sie fassten die Bedrohung durch rechtsextreme, islamistische und linke Gewalt gegen Juden in einem Absatz zusammen. Unter Bezugnahme auf den unabhängigen Expertenbericht zum Antisemitismus von 2011 hieß es im Antrag von 2013:

- 
- 24 Damani J. Partridge: *Blackness as a Universal Claim: Holocaust Heritage, Noncitizen Futures, and Black Power in Berlin*. Oakland: University of California Press 2023, S. 96.
- 25 Vgl. Esra Özyürek: *Export-import theory and the racialization of anti-semitism: Turkish- und Arab-only prevention programs in Germany*. In: *Comparative Studies in Society and History* 58(1), 2016, S. 40–65, S. 53.
- 26 Nach antiisraelischen Ausschreitungen: CDU spricht von »eingewandertem Antisemitismus«. Der Spiegel online vom 17.5.2021. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschland-cdu-macht-ingewanderten-antisemitismus-fuer-judenhass-verantwortlich-a-5f58f277-eda5-40b3-b45e-b2b83bfaae72>.
- 27 Sabine Rennefanz: *Wir haben's nicht geschafft*. Der Spiegel vom 19.10.2023. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/antisemitismus-unter-migranten-war-es-ein-fehler-so-viele-migranten-unterschiedlicher-herkunft-in-deutschland-aufzunehmen-a-ca989d76-7219-4fd2-9448-41328fc6230d>.

»Eine wichtige Feststellung des Berichts ist der Befund, dass das rechtsextremistische Lager nach wie vor der bedeutendste politische Träger des Antisemitismus darstellt. Daneben nennt der Bericht auch den Islamismus als neuen und weiteren Träger von Antisemitismus in Deutschland und stellt fest, dass es auch unter Linken Positionen gibt, die »einen antisemitischen Diskurs befördern können.«<sup>28</sup>

Eine weitere bedeutende Entwicklung ist der Nachdruck, mit dem neuerdings behauptet wird, dass der Kampf gegen den Antisemitismus die sinnvollste Weise darstelle, um nicht nur die Juden, sondern auch Deutschland als demokratische Nation zu beschützen. Die deutsche Rassismusforscherin Anne-Esther Younes stellt fest, dass der Bundestagsbeschluss von 2008 ein diskursives Manöver beinhaltet, wonach die deutsche Demokratie für die Juden einsteht sowie die Juden für die deutsche Demokratie. Und das bedeutet: Wenn die Juden verschwinden, verschwindet Deutschland.<sup>29</sup>

Die Bundestagsresolution von 2008 empfahl die Einsetzung einer unabhängigen Kommission zum Antisemitismus in Deutschland, die am 10. November 2011 einen Bericht veröffentlichte,<sup>30</sup> dem 2017 ein zweiter folgte.<sup>31</sup> Beide Berichte bestätigten, worauf auch schon frühere Regierungsstudien hingewiesen hatten, nämlich dass der Rechtsextremismus weiterhin »der politische Hauptträger« des Antisemitismus ist.<sup>32</sup>

Der 2017 Bericht argumentiert weiter, dass es zwar

»[...] insgesamt viele Hinweise sowohl für die Annahme einer großen Verbreitung von Antisemitismus bei Geflüchteten aus arabisch-muslimisch ge-

28 Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Antisemitismus entschlossen bekämpfen, jüdisches Leben in Deutschland weiterhin nachhaltig fördern 2013 Drucksache 17(13885). <https://dserver.bundestag.de/btd/17/138/1713885.pdf>

29 Anne-Esther Younes: Fighting Anti-Semitism in Contemporary Germany. In: *Islamophobia Studies Journal* 5(2), 2020, S. 249–266, S. 259.

30 Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus: Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Deutscher Bundestag, Drucksache 17(7700) vom 10.11.2011. <https://dserver.bundestag.de/btd/17/077/1707700.pdf>.

31 Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Deutscher Bundestag, Drucksache 18(11970) vom 7.4.2017. <https://dserver.bundestag.de/btd/18/119/1811970.pdf>.

32 Ebd., S. 173.

prägen Ländern (gibt). Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass die Lage komplex ist. Die Gefahr besteht, den Blick zu einseitig nur auf die muslimische Bevölkerung bzw. aktuell auf Geflüchtete als Träger antisemitischer Einstellungen zu richten.«<sup>33</sup>

In dieser vorsichtigen Rhetorik fallen Muslime mit oder ohne migrantischen Hintergrund sowie (noch nicht politisierte) Asylsuchende alle unter die islamische Bedrohung. Die Differenzierung hat diese Blendung eigentlich legitimiert.

Nach dieser Sichtweise gelten Rechtsextremismus und islamischer Fundamentalismus gleichermaßen als Milieus, in denen antisemitische Mobilisierung stattfindet. Dieses Modell lieferte die entscheidende Legitimation für eine Logik, die die Anzahl der Gruppen, von denen antisemitische Bedrohungen ausgehen, zu erweitern schien: Gruppen an beiden Enden des politischen Spektrums, wobei auch nicht-politisierte Muslime zu Trägern des Antisemitismus erklärt wurden. Der Bundestagsbeschluss forderte unabhängige Experten zur Untersuchung von Antisemitismus und unterstützte Bildungsinitiativen, die in Zusammenarbeit mit dem *Zentralrat der Juden* über jüdisches Leben in Deutschland heute aufklären. Nach der sogenannten Flüchtlingskrise heißt es in einem weiteren Beschluss des Bundestags von 2018:

»[...] [N]eu tritt durch Zuwanderung ein verstärkter Antisemitismus aus den Ländern Nordafrikas, dem Nahen und Mittleren Osten hinzu, in denen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit einen besonderen Nährboden haben. Allerdings findet sich Antisemitismus in allen politischen Lagern und er nimmt mit dem Antizionismus und der Israelfeindlichkeit auch neue Formen an.«<sup>34</sup>

Die Bundestagsbeschlüsse legen die Last der Bekämpfung des Antisemitismus ausschließlich auf die Schultern weißer Deutscher. Sie sollen die Migranten, Minderheiten und Gruppen, die Gefahr laufen, extremistisch zu werden, mit Bildungsangeboten versorgen und überwachen. Dabei werden antisemitische Einstellungen zwar zu Recht in der Mehrheitsgesellschaft verortet, dann aber als ein um sich greifendes Phänomen interpretiert, das in verschiedenen Formen auftreten kann, insbesondere als Feindseligkeit gegenüber

33 Ebd., S. 219.

34 Antisemitismus entschlossen bekämpfen. Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Deutscher Bundestag, Drucksache 19/444 vom 17.1.2018. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/004/1900444.pdf>, S. 1.

Israel. Zugleich wird so ein enger Zusammenhang zwischen »den« Juden in Deutschland und den Handlungen der israelischen Regierung geschaffen.

Ein Wendepunkt in diesem Prozess der Externalisierung von Antisemitismus war der Bundestagsbeschluss von 2019, in dem die nicht-gewalttätige BDS-Bewegung gegen die israelische Besatzungspolitik als antisemitisch bezeichnet und vorgeschlagen wurde, denjenigen Organisationen oder Einzelpersonen die öffentlichen Mittel zu streichen, die sie mutmaßlich unterstützen. Der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben und die Bekämpfung des Antisemitismus, Felix Klein (CDU), begrüßte den Beschluss: »Wir müssen jeder Form von Antisemitismus entgegentreten, auch wenn sie vermeintlich harmlos wirkt. Die Umsetzung der Ziele der BDS-Bewegung würde das Existenzrecht Israels infrage stellen.«<sup>35</sup>

Wir halten daran fest, dass die Verfolgung von Hass jeder Art entscheidend für die Aufrechterhaltung der Demokratie ist, insbesondere für eine pluralistische Demokratie wie Deutschland. Eine einzelne Gruppe als Träger dieses Hasses hervorzuheben, dient jedoch dazu, einerseits Rassismus zu verschleiern und andererseits die systemische Diskriminierung und Alltagsausgrenzung aufrechtzuerhalten, von der Juden betroffen sind, aber auch andere Minderheiten, die nun beschuldigt werden, Juden zu hassen.

Die Verschiebung des Schwerpunkts von der Erinnerung an den Holocaust auf die Bekämpfung des Antisemitismus sowie von den Deutschen zu den »Anderen« geschah innerhalb der Logik der deutschen Pflicht, hart an ihrer »Berufung« zu arbeiten, nämlich den Holocaust zu sühnen. Dies umfasst also den »Aufruf« zum Kampf gegen den Antisemitismus: Es gilt, diejenigen zu identifizieren, die die deutsche Gesellschaft bedrohen und sie als Antisemiten zu benennen. Innerhalb dieser Logik ermöglicht die erste Verschiebung vom Holocaust zum Antisemitismus die zweite Verschiebung von den »Deutschen« zu den »Anderen«. Dementsprechend werden People of Color, Migranten und liberale Intellektuelle, die in Deutschland arbeiten oder zu Vorträgen nach Deutschland eingeladen, aber als potenziell gefährlich eingestuft werden, öffentlich des Antisemitismus bezichtigt, von der Teilnahme an öffentlichen

---

35 Zitiert nach: Israel-Boycott. Bundestag verurteilt BDS-Bewegung. Die Zeit Online vom 17.5.2019. [https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/israel-boycott-bds-bundestag-foerderung-entzug?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/israel-boycott-bds-bundestag-foerderung-entzug?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F); Vgl. auch Ben Knight: Lawmakers condemn ›anti-Semitic‹ BDS movement. Deutsche Welle online vom 17.5.2019. <http://www.wd.com/en/german-parliament-condemns-anti-semitic-bds-movement/a-48779516>.

Veranstaltungen ausgeladen, bedroht und/oder gezwungen, ihre Stellen aufzugeben.<sup>36</sup>

Der Anti-BDS-Bundestagsbeschluss vom Mai 2019 ermöglichte die weitere Verbreitung dieser Anschuldigungen, indem die Rolle von Antisemitismusbeauftragten ausgeweitet und israelkritische Stimmen durch Mittelkürzungen und Veranstaltungsabsagen diszipliniert wurden, aber auch deswegen, weil eine besonders unklare Arbeitsdefinition von Antisemitismus zur Anwendung kam. Nach dem mörderischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober hat der Bundestag im April 2024 einen Antrag vorgelegt »Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Nie wieder ist jetzt – Antisemitismus an Schulen, Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen mit aller Kraft bekämpfen«. Und im August 2024 haben Offener Brief jüdischer und israelischer Kunstschaffende einen Brief veröffentlicht, in dem sie argumentieren, dass solche Anträge zur Einschränkung der Meinungsfreiheit führen würden.

Die Arbeitsdefinition der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA), die 2016 in Bukarest als unverbindlicher Rahmen verabschiedet wurde, stuft die Kritik an Israel als mögliche Form des Antisemitismus ein.<sup>37</sup> Aleida Assmann hat argumentiert, dass die Haltung der IHRA zur Kritik an Israel in Verbindung mit der durch den Anti-BDS-Beschluss des Bundestags ausgelösten »Verschiebung des Schwerpunkts der Antisemitismusbekämpfung« dazu

---

36 Siehe beispielsweise den Angriff auf Stefanie Carp, die Leiterin der Ruhrtriennale 2020, die den Postkolonialismus-Theoretiker Achille Mbembe eingeladen hatte, oder den Angriff auf die deutsche Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann, die immer wieder wegen ihres Eintretens für ein pluralistisches Verständnis der deutschen nationalen Identität angegriffen wurde. Vgl. dazu: Gegen ein Klima des Verdachts. Berliner Zeitung online vom 3.5.2020. <http://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/gegen-ein-klima-des-verdachts-li.82664?pid=true>. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass in dieser Zeit, in der die Antisemitismusvorwürfe zunehmen, Angriffe auf weibliche Intellektuelle häufiger und heftiger waren als auf Männer in ähnlichen Positionen. Siehe z.B. die Kleine Anfrage der CDU/CSU vom 27.10.2022, die den Bundestag auffordert zu prüfen, wer von den Unterzeichnern des »Plädoyers der »Initiative GG 5.3 Weltoffenheit« den Israel-Boykott unterstützte und dabei lediglich Emily Dische-Becker namentlich nennt. Vgl. Konsequenzen aus dem Antisemitismus-Skandal bei der documenta. Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU. Deutscher Bundestag, Drucksache 20/4208 vom 27.10.2022. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/042/2004208.pdf>.

37 International Holocaust Remembrance Alliance: Arbeitsdefinition von Antisemitismus vom 26.5.2016. <http://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus>.

geführt habe, dass »nun akribisch nach potenziellen Bedrohungen unter linken und liberalen Intellektuellen gesucht wird«. <sup>38</sup> Bald nach dem Anti-BDS-Beschluss wurden Institutionen, an denen Diskussion über Antisemitismus und antimuslimische Gewalt als verwandte Phänomene in Deutschland stattfanden, ins Visier der deutschen Medien genommen. So geriet im Sommer 2019 Peter Schäfer, der damalige Direktor des *Jüdischen Museums Berlin*, unter wachsenden Druck, nachdem das Museum einen Link zu einem Zeitungsartikel retweetet hatte, der den Anti-BDS-Beschluss des Bundestages und seine Verurteilung des BDS als antisemitisch kritisierte. <sup>39</sup> Vorher hatte es bereits eine Kontroverse über die Sonderausstellung »Welcome to Jerusalem« gegeben, die nach Ansicht des damaligen israelischen Premierministers sowie von Kritikern von rechts eine einseitige palästinensisch-muslimische Perspektive eingenommen habe. <sup>40</sup>

Aufgrund des Eingriffs in die Meinungsfreiheit von Einzelpersonen und Organisationen auf Grundlage des Anti-BDS-Bundestagsbeschluss von 2019 haben die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags im Dezember 2020 den Beschluss überarbeitet und seinen Geltungsbereich eingeschränkt. <sup>41</sup> Sie hoben insbesondere den unverbindlichen Charakter der Entschließung hervor. <sup>42</sup>

Damit wenden wir uns nun der dritten kulturellen Verschiebung zu. Es geht um die Logik, die die Zunahme von Antisemitismusvorwürfen antreibt, das heißt die Verschiebung von einem Fokus auf Schuld hin zu einem Fokus auf Scham, ausgedrückt als Reaktion nicht auf den Holocaust, sondern auf Antisemitismus.

38 Aleida Assmann: A spectre is haunting Germany, S. 406.

39 Jüdisches Museum Berlin (@jmberlin), Tweet, 14.00 Uhr, 6.6.2019, verfügbar auf Twitter unter <https://twitter.com/jmberlin/status/1136633875411755010>.

40 Torsten Landsberg und Heike Mund: Direktor des Jüdischen Museums zurückgetreten. Deutsche Welle vom 14.6.2019. <http://www.dw.com/de/direktor-des-juedischen-museums-berlin-zurueckgetreten/a-49213042>.

41 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags: Ausarbeitung: BDS-Beschluss des Deutschen Bundestages vom 21.12.2020, Aktenzeichen WD 3 – 3000 – 288/20. <https://www.bundestag.de/resource/blob/814894/cf6a69d010a1cc9b4a18e5f859a9bd42/WD-3-288-20-pdf-data.pdf>

42 Ebd., S. 4.

## Von Schuld und Verantwortung zur Scham

In Anlehnung an Karl Jaspers' Begriff von der deutschen Schuld als tragfähige Grundlage für die deutsche Nachkriegsidentität behaupten Jeffrey Olick, Andrew Perrin und Jan-Werner Müller, dass im Deutschland nach 1945 die Schuld am Holocaust die öffentliche Sphäre beherrschte, während die konservative Tradition der Scham in den privaten Bereich der Familie verbannt worden war.<sup>43</sup> Die Historikerin Alexandra Przyrembel hat gezeigt, wie die emotionale Kodierung von Scham und Abscheu die antisemitische und antijüdische rassistische Rhetorik im wilhelminischen und nationalsozialistischen Deutschland angetrieben hat.<sup>44</sup> Wir argumentieren, dass das Risiko, Scham zu empfinden, dazu führen kann, dass der Kontakt zu allem abgebrochen wird, was möglicherweise Scham auslösen könnte. Wie unsere Analyse der gegenwärtigen Verschiebung von der öffentlich geäußerten Emotion der Schuld hin zu Gefühlen der Scham weiter zeigt, werden die als »Andere« wahrgenommenen Personen zur Quelle für kollektive Scham kodiert.

Nach dieser Logik werden Emotionen wie Scham und Abscheu nicht individuell, sondern kollektiv empfunden. Thomas Scheff behauptet, dass Scham das Gefühl einer Bedrohung der sozialen Bindung umfasst und dass Scham in Anwesenheit Anderer zu stärkerer Konformität und Selbstkontrolle führt.<sup>45</sup> Sara Ahmed wiederum untersucht, wie Schambekundungen »die Nation« als gefühlte Gemeinschaft zum Leben erwecken können.<sup>46</sup> In den hier untersuchten Fällen wird die Scham jedoch auf die »Anderen« übertragen, die in verschiedenem Maße Teile der derzeitigen Nation sind: Rechtsradikale und muslimische Migranten.

Solche Übertragungen von Scham zeigen sich beispielsweise im Bundestagsbeschluss gegen Antisemitismus aus dem Jahr 2018, der sich direkt auf die

43 Müller: *Another Country*; Jeffrey K. Olick und Andrew J. Perrin: Introduction: Guilt and defence: Theodor Adorno and the Legacies of National Socialism in German Society. In: Theodor W. Adorno: *Guilt and Defense: On the Legacies of National Socialism in Post-war Germany*, übersetzt aus dem Deutschen von Jeffrey K. Olick und Andrew J. Perrin. Cambridge, MA und London: Harvard University Press 2010, S. 3–42.

44 Alexandra Przyrembel: Ambivalente Gefühle: Sexualität und Antisemitismus während des Nationalsozialismus. In: *Geschichte und Gesellschaft* 39(4), 2013, S. 527–554.

45 Thomas J. Scheff: Shame and the social bond: a sociological theory. In: *Sociological Theory* 18(1), 2000, S. 84–99.

46 Sara Ahmed: *The Cultural Politics of Emotion*. Edinburgh: Edinburgh University Press 2014.

Scham über den beschädigten Ruf Deutschlands in Bezug auf Antisemitismus bezieht:

»Jede Form von Antisemitismus ist beschämend für uns alle – gleichgültig, ob strafbar oder nicht.«<sup>47</sup>

Der im Bundestagsbeschluss enthaltene Begriff der Scham kollidiert mit der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit. Dieser Mechanismus kam im Mai 2021 bei Demonstrationen in deutschen Städten (etwa in Berlin, Frankfurt und Gießen) zum Tragen, auf denen nach dem Raketenbeschuss Israels durch die Hamas gegen die Gewalt des israelischen Staates gegen Palästinenser im Gazastreifen protestiert wurde.<sup>48</sup> Die meisten Proteste in verschiedenen europäischen Städten verliefen friedlich, allerdings gab es in Deutschland auch Demonstranten, die antisemitische Parolen skandierten, die Vernichtung Israels forderten und palästinensische Fahnen schwenkten. Die deutsche Tagespresse berichtete über diese Vorfälle und Regierungssprecher Steffen Seibert war schnell dabei, mit Blick auf »eine israelische Journalistin«, die auf einer propalästinensischen Demonstration angegriffen worden sein soll, auf die Schande zu verweisen: »Das macht uns wütend, und es ist beschämend für uns alle.«<sup>49</sup> Und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) sagte am 17. Mai 2021 dem Boulevardblatt BILD: »Die Bilder sind unerträglich.«<sup>50</sup> Der Anblick der wütenden Demonstranten, manche von ihnen trugen muslimische religiöse Symbole und palästinensische (und andere) Fahnen, war offenbar schwer zu ertragen. Schäuble präsentiert sich hier als ein Zeuge, der die Bilder gesehen hat und von ihnen verletzt wurde.

47 Antisemitismus entschlossen bekämpfen. Bundestag-Drucksache 19/444, S. 2.

48 Vgl. Nahostkonflikt: Tausende Menschen bei Pro-Palästina-Demonstrationen. Zeit Online vom 22.5.2021. [http://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-05/nahostkonflikt-pro-palaestina-israel-demonstrationen-berlin-frankfurt-paris?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-05/nahostkonflikt-pro-palaestina-israel-demonstrationen-berlin-frankfurt-paris?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F).

49 Regierungspressekonferenz vom 17. Mai 2021. <http://www.bundesregierung.de/bregde/service/archiv/regierungspressekonferenz-vom-17-mai-2021-1914712>.

50 Filipp Piatov: Schäuble fordert in BILD: »Ganze rechtsstaatliche Härte gegen Gewalttäter.« Bild online vom 17.5.2021. <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/sc-haeuble-fordert-in-bild-ganze-rechtsstaatliche-haerte-gegen-gewalttaeter-76414414.bild.html>.

Wer diese als »muslimische Migranten« bezeichneten Demonstranten allerdings am stärksten mit Antisemitismus in Verbindung brachte, war Jörg Meuthen, der Bundessprecher der AfD, der am 14. Mai 2021 sagte:

»Das antisemitische Gebrüll von muslimischen Migranten vor einer Gelsenkirchener Synagoge ist widerlich.«

In diesen Beispielen wird so getan, als ob Scham, Schande und Abscheu von Randgruppen, die eine ausländische Form des Antisemitismus ins Land importiert hätten, verursacht worden seien. Was die Äußerungen aus dem gesamten politischen Spektrum gemeinsam haben, ist die Behauptung, dass der Antisemitismus nicht zu Deutschland gehöre, obwohl er in Wahrheit tief mit der eigenen lokalen wie nationalen Geschichte verwoben ist; Antisemitismus komme vielmehr als soziale und räumliche Tatsache von außen und werde von muslimischen Migranten durch ihren Hass auf Israel nach Deutschland gebracht.

Es ist wichtig festzuhalten, dass die Scham, die in diesen Beispielen kodiert wird, nicht auf die Deutschen als eine heterogene, aus diversen Gruppen bestehende, Gesellschaft bezogen ist, sondern auf Deutschland als Nationalstaat in einem festgeschriebenen Raum. Zugleich entfaltet sich die Schamkultur mit Metaphern des Blicks. Sara Ahmed argumentiert, dass es zu etwas anderem führt, sich die eigene Scham als von einer »anderen« Seite des Selbst ausgehend zu erklären: »Scham umfasst auch die Um- und Re-Formierung von körperlichen und sozialen Räumen.«<sup>51</sup>

Die performative Bekundung von Abscheu verdünnt den Antisemitismus und andere Formen von Rassismus, weil sie nicht nach ihren systematischen Ursachen sucht, nicht nach den sozialen Mechanismen, die sie aufrechterhalten, und auch nicht nach ihren Trägern und Auswirkungen, unabhängig davon, ob die Täter benannt werden oder nicht. In einem unserer drei eingangs erwähnten Beispielen wurde die Sprache der Scham und der Schande auf das umstrittene indonesische Banner angewendet, das im Jahr 2022 auf der *documenta fifteen* gezeigt wurde.<sup>52</sup> Ungeachtet dessen, dass sie eine der großen

51 »The very physicality of shame – how it works on and through bodies – means that shame also involves the de-forming and re-forming of bodily and social spaces, as bodies ›turn away‹ from the others who witness the shame.« Ahmed: *The Cultural Politics of Emotion*, S. 103.

52 Für eine Diskussion über das Gemälde und die Kontroverse darum siehe A. Dirk Moses: *The Documenta, Indonesia, and the problem of closed universes. The New Fascism Syl-*

internationalen Kunstausstellungen ist, die vor allem Künstler aus dem Globalen Süden präsentierte, wurde die Documenta in der deutschen Öffentlichkeit fast ausschließlich im Zusammenhang mit Antisemitismus diskutiert und eben nicht im Hinblick auf die globalen Ungleichheiten, die ein Großteil der Kunstwerke thematisierte. Michael Rothberg hat gezeigt, wie durch das Drama um *Taring Padi's* Banner »Diskussionen über Antisemitismus und dessen Verbindung zu Kolonialismus und anderen Formen von Rassismus [...] verzerrt werden«. <sup>53</sup> Die öffentliche Empörung verdünnte den Antisemitismus, indem sie eine Atmosphäre von Tabu und Schande erzeugte, in der die Stimmen der Akteure zum Schweigen gebracht wurden. <sup>54</sup> Die Kuratoren der *documenta fifteen* reagierten auf den Vorwurf, antisemitischer Motive mit einem Statement, in dem sie sich zusammen mit dem künstlerischen Team entschuldigen »für (die Gefühle von) Enttäuschung, Scham, Frustration, Verrat und den Schock«, die die antisemitischen Motive hervorgerufen haben. <sup>55</sup>

Öffentliche Erklärung von Scham im Zusammenhang mit dem Auftreten von antisemitischen Äußerungen über den Holocaust sind ein wirksames Mittel zur Markierung und Verteidigung von gesellschaftlichen Grenzen. Solche Debatten werden auch dafür genutzt, um historische, aber auch aktuelle Atmosphären der Ausgrenzungen zu verzerren und zu verschleiern.

## Fazit: Die Rückkehr der Antisemitismusvorwürfe in die Mitte

Der Kampf gegen den Antisemitismus in Deutschland besteht aus der Performanz der Pflicht, an den Holocaust zu erinnern sowie zu gewährleisten, dass diese Pflicht (etwa durch antisemitische Überzeugungen) nicht vernachlässigt

---

labus vom 24.7.2022. <https://newfascismsyllabus.com/opinions/documenta/the-documenta-indonesia-and-the-problem-of-closed-universes/>.

- 53 Michael Rothberg zur Documenta: »Antisemitismus als Bumerangeffekt«.
- 54 Nach dem Abschluss der *documenta fifteen* im September 2022 forderte die Fraktion der CDU/CSU in ihrer parlamentarischen Anfrage in 29 Fällen Aufklärungen zur Planung, Kuratierung, Überwachung und Finanzierung des Kunstfestivals. Außerdem warf sie den Unterzeichnern des »Plädoyers der ›Initiative GG 5.3 Weltoffenheit« direkt vor, den BDS zu unterstützen und letztlich für den »Skandal« verantwortlich zu sein. Vgl. Kleine Anfrage der Fraktion CDU/CSU an den Bundestag vom 27. Oktober 2022.
- 55 Kersten Knipp: Blinder Fleck Antisemitismus in Indonesien. Deutsche Welle vom 28.6.2022. <http://www.dw.com/de/antisemitismus-documenta-indonesien/a-62285727>.

wird. Als die Pflicht zur Holocausterinnerung mit dem Schutz von Juden als eine Form der Verantwortung für die eigene soziale Gruppe verkoppelt war,<sup>56</sup> entstand daraus eine dialektische Doppelung: Um auf der Seite des Kampfes gegen Antisemitismus zu stehen, muss man den Willen demonstrieren, Israel zu schützen, also das Land, wo die Juden nach allgemeiner Vorstellung eigentlich hingehören. Wie sich aber in den Fällen von Achille Mbembe, der *School for Unlearning Zionism* und der *documenta fifteen* zeigt, liegt es in der Logik der Zunahme von Antisemitismusvorwürfen selbst, dass durch die Befürchtung, eine Person oder Institution könnte israelkritisch eingestellt sein, reflexhaft die kollektive Pflicht zur Holocausterinnerung als gefährdet angesehen wird, die sich im Kampf gegen den Antisemitismus manifestiert. Die beschuldigten Personen sind sodann nicht länger legitime Mitglieder der eigenen sozialen Gruppe, selbst wenn sie jüdisch sind oder ihr ganzes Leben dem Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus gewidmet haben.

Wir jedoch sind der Meinung, dass die Logik, die die Zunahme von Antisemitismusvorwürfen antreibt, nicht unbegrenzt weitergehen darf. Im Dezember 2020 haben deutsche Kultureinrichtungen, wie bereits erwähnt, das Plädoyer der »Initiative GG 5.3 Weltoffenheit« für die Meinungsfreiheit in Kunst und Wissenschaft veröffentlicht. Das »Plädoyer Weltoffenheit« stützt sich auf Artikel 5 des Grundgesetzes (Meinungsfreiheit), Absatz 3 (Freiheit von Kunst und Wissenschaft).

Die Logik der Zunahme von Antisemitismusvorwürfen funktioniert in einer Weise, Muslime, Migranten und People of Color in die Holocaust-Erinnerungskultur einzubeziehen, um sie zugleich als Antisemiten auszuschließen. Dieser Mechanismus funktioniert auch in umgekehrter Richtung: Liberale Deutsche, Juden und Nicht-Juden, die ein Teil der Medien, der Wissenschaft und des öffentlichen Sektors waren, werden derzeit von führenden kulturellen, künstlerischen und wissenschaftlichen Initiativen ausgeschlossen. Es stellt sich heraus, dass ihre Teilhabe immer an die Bedingung geknüpft war, dass sie die Grenzen der eigenen sozialen Gruppe wahren. Auf diese Weise ist der immer weiter gehende Antisemitismusvorwurf zu einem Instrument geworden, abtrünnige Gruppen zum Schweigen zu bringen.<sup>57</sup> Die Ausweitung

56 Vgl. Ulrike Jureit und Christian Schneider: *Gefühlte Opfer: Illusionen der Vergangenheitsbewältigung*. Stuttgart: Klett-Cotta 2010; Stern: *German-Jewish relations in the postwar period*.

57 Vgl. Irit Dekel und Esra Özyürek: *What do we talk about when we talk about anti-semitism in Germany?* In: *Journal of Genocide Research* 23(3), 2021, S. 392–399.

der Antisemitismusvorwürfe auf rassifizierte und marginalisierte Gruppen in Deutschland sowie die Anwendung der Vorwürfe, um solche Gruppen aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen, dient der Einengung des Rassismuskurses. Die Instrumentalisierung des Antisemitismus für politische Zwecke vermengt jüdisches Leben in Deutschland mit den Interessen Israels. »Diese Engführung und ihre Instrumentalisierung durch Behörden, um die Meinungs- und Versammlungsfreiheit einzuschränken, schließt genau die Vielfalt jüdischen Lebens aus, die sie zu bewahren vorgibt, und gefährdet jene Rechte, für die sie zu kämpfen vorgibt«, schrieben in Deutschland lebende jüdische Künstler:innen, Autor:innen und Wissenschaftler:innen im August 2024, in einem Protestbrief gegen den Entwurf für eine Antisemitismus-Resolution des Bundestags.<sup>58</sup> Wir, mit vielen anderen haben davor gewarnt und hoffen, dass der diverse, liberale und demokratische Diskurs wiederhergestellt und geachtet wird.

---

58 Dokumentation Protestbrief: Ablenkung von der größten Gefahr. TAZ vom 26.8.2024. <https://taz.de/Dokumentation-Protestbrief/!6032239/>.